FDP-Fraktion

Landtag Brandenburg
5. Wahlperiode

Entschließungsantrag

der FDP-Fraktion

zum Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE „Lärmschutz durch Photovoltaikanlagen" (DS 5/2255)

Zwischen dem Autobahndreieck Nuthetal und dem Autobahndreieck Potsdam wird die A10 auf der Grundlage des VDE Projekt Nr. 11 von 6 auf 8 Spuren ausgebaut. Im Rahmen der schallschutztechnischen Voruntersuchungen wurde auch untersucht, ob und in welchem Umfang sich die geplanten Lärmschutzanlagen im Ausbauabschnitt für eine photovoltaische Energiegewinnung eignen. Auf Basis dieser Untersuchung ist festzustellen, dass die Nutzung der Lärmschutzanlagen für die photovoltaische Energiegewinnung sowohl technisch als auch wirtschaftlich realisierbar wäre. Auf der Basis des gutachterlich gezogenen, positiven Fazits sind weitere Schritte zur Schaffung der Voraussetzung für eine Realisierbarkeit zu unternehmen.

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag spricht sich für die Umsetzung des Modellprojekts „Lärmschutz durch Photovoltaikanlagen an der Bundesautobahn A10" aus.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert,

    - sich gegenüber der Bundesregierung für die Verwirklichung des Modellprojektes „Lärmschutz durch Photovoltaikanlagen an der Bundesautobahn A10" einzusetzen.

    - den Lärmschutz auch durch Photovoltaikanlagen an der Bundesautobahn A 10 im Rahmen von Modellprojekten zu befördern und zu unterstützen.

    - gemeinsam mit den betroffenen Kommunen und in engem Kontakt mit der Wirtschaftsförderung des Landes einen potentiellen Interessenten für Bau und Betrieb von Photovoltaikanlagen als Pilotprojekt im Land Brandenburg zu suchen.

    - weitere Standorte, bei denen die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen und Photovoltaikanlagen verknüpft werden können wie z. B. auch Bahnstrecken, zu prüfen.

    - in enger Koordination mit dem Bund den rechtlichen Rahmen für den

Betrieb der Photovoltaikanlagen durch einen privaten Inverstor auf bundeseigenen Flächen zu prüfen.

- dem Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft und dem Ausschuss für Wirtschaft über die durchgeführten Maßnahmen bis Juni 2011 zu berichten.

Begründung:

Die Planung des achtstreifigen Ausbaus der A10 im Zuge des VDE Nr. 11 hatte bezüglich der vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen in den vergangenen Monaten viel Unmut in den Autobahnanrainergemeinden wie z. B. Langerwisch, Michendorf, Ferch verursacht.
Von der vor Ort gegründeten Bürgerinitiative wurde der Vorschlag der Verbindung des Lärmschutzes mit Photovoltaikanlagen eröffnet. Mit dem Einsatz von Photovoltaikanlagen sollen die Lärmschutzwände des Ausbauabschnittes erhöht werden. Damit verstärkt sich zum einen der Lärmschutz für die anliegenden Gemeinden und zum anderen könnte sich auf diese Weise der erhöhte Lärmschutz zumindest in Teilen selbst finanzieren.

Eine erweiterte Voruntersuchung zum Einsatz von Photovoltaikanlagen an der A10 im Zuge des achtstreifigen Ausbaus, hat verschiedene Varianten an diesem Standort betrachtet und bewertet. Aus technischer und wirtschaftlicher Sicht ist ein solches Projekt realisierbar.
Die vielen Randbedingungen, die abhängig von der Position des Bundes sind, konnten in die Voruntersuchung noch nicht einfließen. So fehlen z. B. Aussagen zu den Themen autobahnseitiges Anbringen von PV-Anlagen, Beteiligung des Bundes an den Einnahmen, Positionierung zum Nutzungsverhältnis. Aus diesem Grund soll die Landesregierung aufgefordert werden, sich für das Modellprojekt auszusprechen und in enger Kooperation mit dem Bund die noch offenen Randbedingungen – wie etwa der rechtliche Rahmen – zu prüfen.

Für den Betrieb der Anlage soll die Landesregierung gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden einen Investor suchen. Ein solches Pilotprojekt wäre nicht nur ein Vorteil für die anliegenden Kommunen, sondern zugleich ein Imagegewinn für das Land Brandenburg. Aus diesem Grund müssen sich der Landtag und die Landesregierung mit der notwendigen Unterstützung für dieses Projekt aussprechen.

Für die FDP-Fraktion

Andreas Büttner
Fraktionsvorsitzender